

Versteckter Wirtschaftskrieg 26.07.2017

BERLIN (Eigener Bericht) - Bundesdeutsche Kreditinstitute verweigern sich auf internationaler Ebene beharrlich einer strengeren Bankenregulierung. So stocken die Verhandlungen des "Baseler Ausschusses für Banken-Aufsicht" seit Monaten, weil die Deutsche Bank und andere Finanzinstitute sich mit Unterstützung der Bundesregierung beharrlich dagegen wehren, ihre Kreditgeschäfte mit mehr Eigenkapital abzusichern. Sie befürchten ökonomische Nachteile vor allem gegenüber der Konkurrenz in den Vereinigten Staaten, denn die US-amerikanischen Geldhäuser haben weniger risikobehaftete Transaktionen in ihren Büchern stehen. Dennoch dürfte es zu einer Einigung kommen: Ohne die Basel-Regeln droht ein Standort-Wettbewerb um die laxesten Vorschriften, den die bundesdeutschen Banken kaum gewinnen können.

Regulatorischer Tsunami

Unmittelbar nach der Finanzkrise der Jahre 2007/08 herrschte Einigkeit über die Notwendigkeit einer strengeren Regulierung der Geldhäuser. Die entsprechenden Änderungen leitete der "Baseler Ausschuss für Banken-Aufsicht" in die Wege, dem 27 Länder angehören. Die "Basel III"-Regelungen sehen unter anderem eine umfassendere Risikovorsorge der Finanzinstitute und Auflagen zur Erhöhung ihrer Liquidität vor, um staatliche Bankenrettungsaktionen mit Steuermitteln künftig zu vermeiden. Verhandlungen über Ergänzungen kommen allerdings nicht zum Abschluss. Vor allem bundesdeutsche Finanzinstitute weigern sich, ihre Kredit-Geschäfte nochmals mit mehr Eigenkapital zu unterlegen, weil sie bei Einführung solcher Vorschriften damit rechnen, Marktanteile an US-Banken abgeben zu müssen. Gegen die betreffenden Punkte des Maßnahmenkatalogs gehen sie unter dem Kampfbegriff "Basel IV" vor.[1] "Die Gefahr der Benachteiligung hat bestanden und besteht nach wie vor - insbesondere für deutsche Institute", erklärt etwa Michael Kemmer vom Bundesverband deutscher Banken (BdB).[2] DZ-Bank-Chef Wolfgang Kirsch nannte die Auseinandersetzungen um die Basel-Regeln bereits 2012 eine "versteckte Form des Wirtschaftskriegs".[3] Die neuen Richtlinien bezeichnete er als "regulatorischen Tsunami".

Berlin gibt Flankenschutz

Berlin unterstützt die Blockadehaltung. "Deutsche und europäische Banken dürfen am Ende nicht einseitig belastet sein. Dies ist eine Frage der Wettbewerbsgleichheit", fordert der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ralph Brinkhaus [4], während Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble Regelungen anmahnt, die "den Besonderheiten des Finanzsektors in Deutschland und Europa noch einigermaßen Rechnung tragen" [5]. Die Berliner Vorstellungen fanden auch Eingang in die Abschlusserklärung des Hamburger G20-Gipfels: "Wir werden an der Fertigstellung des Basel-III-Regelwerks arbeiten, wobei die Kapital-Anforderungen insgesamt in allen Bereichen des Banken-Sektors nicht weiter erhöht und gleiche Ausgangsbedingungen gefördert werden", heißt es in dem Dokument.[6]

Transatlantische Unterschiede

Ungleiche Ausgangsbedingungen bestehen nach Ansicht der deutschen Banker, weil die beiden größten Posten, für die sie nach den Basel-Bestimmungen zur Risiko-Absicherung mehr Eigenkapital vorhalten sollen - Unternehmens- und Immobilienkredite -, die Bücher von US-amerikanischen Finanzhäusern kaum belasten. Während sich Firmen hierzulande zu 88,3 Prozent über Bankkredite finanzieren, bedienen sich Unternehmen jenseits des Atlantiks dazu größtenteils des Kapitalmarkts. Der Anteil der Unternehmensanleihen am Fremdkapital beträgt dort 86,4 Prozent.[7] Und auch Immobilienkredite finden sich in den Bilanzen der Geldinstitute kaum. Entweder haben sie die Forderungen verbrieft oder an staatlich kontrollierte Hypothekenbanken wie Fannie Mae weitergereicht.

Warnung vor Kreditklemme

Darum drohen nach Ansicht der bundesdeutschen Banken durch die Regularien drastische Einschnitte im Geldverleih-Geschäft. Sogar eine veritable Kreditklemme mit entsprechenden Folgen für die Wirtschaft schließen sie nicht aus. Der BdB hat dabei den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) an seiner Seite. Unter dem Titel "Basel IV setzt bewährte Unternehmensfinanzierung unter Druck" gaben die beiden Lobby-Organisationen ein gemeinsames Positionspapier heraus.[8] Bei der Vorstellung der Publikation bezeichneten sie es als ein großes Risiko, "dass Banken künftig bewährte Finanzdienstleistungen regulierungsbedingt nicht mehr in vollem Umfang anbieten können", und warnten davor, "die Regulierungsschraube mit neuen Ansätzen zu überdrehen".[9]

Günstige Unternehmenskredite

Die gleichen Argumente hatte die Branche bereits gegen "Basel III" vorgebracht.

Die bisher schon umgesetzten Beschlüsse entkräften ihre Kritik allerdings: Sie haben keinen negativen Einfluss auf die Unternehmensfinanzierung gehabt. Die Zahlen der Bundesbank weisen für den Zeitraum von 2010 bis 2015 vielmehr ein kräftiges Kreditwachstum aus.[10] Zwar stieg der Kapitalbedarf der Banken, weil sie ihre Verleihgeschäfte mit mehr Eigenmitteln besichern mussten; höhere Zinsen hatte das aber nicht zur Folge, denn die von der Europäischen Zentralbank (EZB) betriebene Politik des billigen Geldes ermöglicht es den Geldhäusern, sich zu günstigen Konditionen zu refinanzieren. Die EZB vermeldete Mitte Juli sogar Zins-Senkungen in diesem Segment und prognostizierte für das dritte Quartal dieses Jahres eine Fortsetzung des Trends.

Ein Jahr zum Vergessen

So treibt die Geldhäuser denn auch weniger die Sorge vor den vermeintlichen makro-ökonomischen Auswirkungen des Baseler Regelwerks um als vielmehr die Sorge um ihre eigene Marktposition: Sie fürchten, durch die neuen Anforderungen noch mehr Marktanteile an die Konkurrenz aus den Vereinigten Staaten zu verlieren. Während deren Gewinne trotz "Basel III" und des einheimischen Regulierungsgesetzes "Dodd-Frank Wall Street Reform and Consumer Protection Act" wieder das Niveau von vor der Finanzkrise erreicht haben, gelang das den deutschen Instituten und ihren europäischen Pendanten bisher nicht. Auch 2016 blieben ihre Erträge hinter den Erwartungen zurück. "Ein Jahr zum Vergessen", resümierte die Research-Abteilung der Deutschen Bank. "Alle wichtigen Ertragskomponenten waren rückläufig", konstatierte der Bericht; der Nettogewinn habe sich beinahe halbiert.[11] Die Eigenkapital-Rentabilität zugrundegelegt, erweisen sich die US-Banken als dreimal so profitabel wie ihre EU-Konkurrenz, weil sie ein anderes Geschäftsmodell haben. Sie konzentrieren sich mehr auf das im Vergleich zum Kreditgeschäft lukrativere Provisionsgeschäft - etwa Beratungen bei Firmenübernahmen - und erzielen so kräftige Renditen. Zunehmend versuchen sie auch, Kunden in der Bundesrepublik zu gewinnen. "Amerikanische Banken sind noch nie so stark in Deutschland aufgetreten wie jetzt", konstatiert BAYERN-LB-Chef Johannes-Jörg Rieger: "Das kann sehr gefährlich sein." [12]

Streit um interne Rechenmodelle

Konkret macht sich der Streit im "Baseler Ausschuss für Banken-Aufsicht" an den internen Rechenmodellen fest, mit denen die deutschen Banken das Ausfallrisiko ihrer Kredite bestimmen. Die US-Vertreter wollen es den Geldhäusern in Zukunft nicht mehr selbst überlassen, das Gefährdungspotenzial ihrer Geldgeschäfte zu taxieren. Sie fordern stattdessen, Kredite durchgehend mit Eigenkapital in Höhe von acht Prozent der verliehenen Summe zu besichern, wie es in den USA üblich ist. Thomas Hoenig vom US-amerikanischen Einlagensicherungsfonds FDIC verpflichtet ihnen bei: "Interne Modelle der Banken sollten als Instrumente nur selten verwendet werden. Sie sind nicht zuverlässig gewesen." [13] Ein Insider aus der Frankfurter Bankenszene bestätigte diesen Befund gegenüber der Wochenzeitung "Die Zeit". Ihm zufolge gibt es in der Stadt "Heere von Leuten", die nur mit dem "Massieren von Zahlen" beschäftigt sind, um die Kapitalanforderungen "immer niedriger" zu halten.[14] Nach einer Untersuchung von Standard and Poor's tut sich bei diesen Operationen besonders die Deutsche Bank hervor. Ohne die Möglichkeit eines solchen Schönrechnens stiege bei dem Geldhaus der Posten der "risikogewichteten Aktiva", der sich im Geschäftsjahr 2016 auf 358 Milliarden Euro belief, nach Angaben des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Markus Schenck um weitere 100 Milliarden Euro. Vorsorglich hat der Finanzkonzern deshalb schon eine Kapitalerhöhung vorgenommen.[15]

Kompromiss wahrscheinlich

Dennoch wollen die bundesdeutschen Unterhändler "Basel" nicht platzen lassen. Sie fürchten zwar die neuen Restriktionen, sehen ihr Ertragsmodell aber noch mehr von einem stärker deregulierten Finanzmarkt bedroht. Einen Wettbewerb um die laxesten Vorschriften könnten sie nach eigener Einschätzung kaum gewinnen. Darum betrachten sie das Vorhaben Donald Trumps, den Dodd-Frank-Act auf den Prüfstand zu stellen, auch äußerst kritisch. "Je nachdem wie stark die Korrekturen ausfallen werden, wären dann transatlantische Wettbewerbsverzerrungen aufgrund unterschiedlicher Regulierungen vor allem zu Lasten Europas nicht auszuschließen", sagt Michael Kemmer vom BdB.[16]

EU entlastet Bankbilanzen

Unterdessen hat die Europäische Union verschiedenste Maßnahmen ergriffen, um den Finanzinstituten die Last des kapitalintensiven Kreditgeschäfts erträglicher zu gestalten. So senkte die Europäische Zentralbank nach einer Intervention der Deutschen Bank und anderer Geldhäuser im Dezember 2016 die Absicherungsanforderungen für Ausfallrisiken um 155 Milliarden Euro. Zudem setzt die EZB den Firmen Anreize, sich künftig stärker über den Kapitalmarkt zu finanzieren, indem sie sich am Kauf von Unternehmensanleihen beteiligt. Darüber hinaus reanimiert Brüssel sogar das seit der Finanzkrise in Misskredit geratene Instrument der Kreditverbriefungen - und stellt die entsprechenden, Ende Mai 2017 beschlossenen Verordnungen als "Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierung der EU-Wirtschaft" dar. "Die Verbriefung ermöglicht einer Bank, einen Teil ihres Kapitals freizusetzen (das sie sonst zur Deckung der Risiken der von ihr gewährten Darlehen zurücklegen müsste)", erläutert der Europäische Rat in bemerkenswerter Offenheit.[17] Kritiker warnen hingegen vor neuen Gefahren durch "fragwürdige Finanz-Instrumente": Laut der Hans-Böckler-Stiftung steigen durch eine solche Ausgliederung von Forderungen die "systemischen Risiken", die nach der Finanzkrise

2007/08 weltweit beklagt worden waren, erneut.[18]

- [1] Bundesbank hält Sorgen der Banken für übertrieben. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.03.2017.
- [2] Deutschland soll bei Banken-Regeln hart bleiben. Handelsblatt 12.01.2017.
- [3] DZ-Bank-Chef Kirsch: "Basel-III"-Diskussion ist "Wirtschaftskrieg". www.t-online.de 06.12.2012.
- [4] SPD kritisiert "Allianz" zwischen Schäuble und Banken. www.handelsblatt.com 10.01.2017.
- [5] Schäuble erwartet Fehde über Basel III. www.boersen-zeitung.de 04.11.2016.
- [6] G20-Abschluss-Erklärung. www.bundesregierung.de.
- [7] Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland. IW-Trends 1.2016. www.iwkoeln.de.
- [8] Positionspapier des Bankenverbandes und des Bundesverbandes der deutschen Industrie: "Basel IV setzt bewährte Unternehmensfinanzierung unter Druck". www.bankenverband.de Juli 2016.
- [9] "Basel IV setzt bewährte Unternehmensfinanzierung unter Druck". www.bdi.eu 25.08.2016.
- [10] Basel III: Ist die Regulierungskritik begründet? www.vividbanking.com 19.02.2015.
- [11] Ergebnisse der europäischen Banken 2016: Ein Jahr zum Vergessen. www.dbresearch.de 02.03.2017.
- [12] Deutsche Banken bangen um ihre Wettbewerbsfähigkeit. Frankfurter Allgemeine Zeitung 26.04.2017.
- [13], [14] Am Ende droht der große Krach. Die Zeit 02.02.2017.
- [15] Bundesbank hält Sorgen der Banken für übertrieben. Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.03.2017.
- [16] Kemmer zu US-Deregulierungsplänen. www.bankenverband.de 06.02.2017.
- [17] Verbriefung: Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierung der EU-Wirtschaft. www.consilium.europa.eu.
- [18] Finanzmarkt-Risiken 2017: Faule Kredite, dünne Kapital-Decken und Deregulierung à la Trump. www.boeckler.de 06.02.2017.

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com